

# Ruhestandsplanung: Politik sieht Vertriebe in der Pflicht

---

Welche Lösungsansätze sollten in Sachen Alterssicherung verfolgt werden und wie lässt sich Altersarmut effektiv bekämpfen? Diese Fragen wurden auf dem Bundeskongress Ruhestandsplanung in Berlin diskutiert – dabei waren Politiker und Publikum nicht immer einer Meinung.



[1]

Diskutierten in Berlin über das Thema Alterssicherung (v.l.): Pascal Kober (FDP), Max Straubinger (CSU), Klaus-Dieter Rommeiß und Peter Härtling (beide Bundesverband der Ruhestandsplaner)

Zunächst gab es aber Kritik von Seiten der Opposition an der Bundesregierung: Der FDP-Bundestagsabgeordnete Pascal Kober, Obmann des Ausschusses Arbeit und Soziales, bemängelte, dass die Ergebnisse der von Union und SPD eingesetzten Rentenkommission, die 2020 vorliegen sollen, erst ab dem Jahr 2025 umgesetzt werden. Beim Thema Alterssicherung müsse Politik in Generationen denken, nicht in Legislaturperioden, so Kober.

Doch auch die Bürger nahm Kober von seiner Kritik nicht aus – wenngleich er sie überspitzt formuliert, wie er zugab: "Das Geld für so manchen Mallorca-Wochenendtrip wäre als Altersvorsorge <sup>[2]</sup> besser angelegt." Wichtig sei deshalb ein verbessertes Bewusstsein für die eigenen finanziellen Verhältnisse im Alter. Es sei Aufgabe der Politik, Transparenz über die Höhe des Alterseinkommens zu schaffen – und zwar in jeder Lebensphase.

### **Renteninformation häufig ohne größere Beachtung**

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Max Straubinger, Mitglied des Ausschusses Arbeit und Soziales, betonte, dass die Große Koalition ein Portal schaffen wolle, auf dem alle Alterseinkünfte zusammengefasst und addiert dargestellt werden.

Ob dies allerdings dazu führen werde, dass sich mehr Deutsche um ihre Alterseinkünfte kümmern, sei fraglich, gab Straubinger zu. Schließlich habe auch die jährliche persönliche Renteninformation der gesetzlichen Rentenversicherung nicht zu einem veränderten Verhalten der Bürger geführt. Dieses Schreiben werde häufig ohne größere Beachtung abgeheftet oder weggeworfen.

### **Kein staatlicher Zuschuss für Ruhestandsplanung**

Von der Vermittlung von Finanzwissen schon an Grundschulen und Gymnasien hält er nichts – wenn überhaupt, könnte damit an Berufsschulen begonnen werden. Vielmehr nahm Straubinger, der auch Versicherungsvertreter der Allianz ist, die Finanzvertriebe in die Pflicht, über das Thema Alterssicherung aufzuklären. Bei einigen Ruhestandsplanern im Publikum sorgte diese Bemerkung für Kopfschütteln und lautstarke Widerrede.

Auch den von Peter Härtling, Präsident des Bundesverbands der Ruhestandsplaner, ins Spiel gebrachten staatlichen Zuschuss für die Ruhestandsplanung – der dafür sorgen könnte, dass sich alle Bürger eine entsprechende Beratung leisten können – lehnte er ab. Dann wäre man nicht mehr weit weg von der Honorarberatung <sup>[3]</sup>, so Straubinger, der sich als Verfechter der provisionsgestützten Beratung bezeichnete. (kb)

*Foto: Bundesverband der Ruhestandsplaner*